

## NSA-Ausschuss

### Snowdens Anwalt zweifelt

Eine Vernehmung des US-Whistleblowers Edward Snowden in Moskau durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ist kaum noch realistisch. Das geht aus einem vierseitigen Schreiben seines deutschen Anwalts Wolfgang Kaleck hervor, das dem SPIEGEL vorliegt. Darin weist der Jurist auf das „Risiko“ hin, das mit einer Aussage Snowdens in Russland verbunden wäre, wo ihm nur ein vorläufiger Asylstatus zuerkannt ist. „Sowohl seine amerikanischen Anwälte als auch ich werden ihm davon abraten müssen“, schreibt Kaleck, „unter den derzeitigen aufenthaltsrechtlichen Bedingungen und Unsicherheiten sich in einer Weise von Moskau aus zu äußern, die seine Situation verschlechtert und seinen Aufenthaltsstatus möglicherweise gefährdet.“ In einer Stellungnahme, die der Berliner Anwalt den Obleuten des NSA-Untersuchungsausschusses vorigen Mittwoch überreichte, wirft Kaleck Fragen auf für den Fall, dass Snowden nach Deutschland käme: So möchte er wissen, ob sein Mandant bei seiner Ankunft mit einer Festnahme rechnen müsse und ob es ein „Auslieferungshindernis“ gebe, da Snowden in den USA eine politische Straftat vorgeworfen werde. Außerdem möchte Kaleck Technisches geklärt haben, etwa „die Zusicherung sicheren Geleites, die ungehinderte Anreise und die ungehinderte Abreise“. Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, die offenen Fragen des Snowden-Anwalts an die Bundesregierung weiterzulei-



Snowden



Bundeswehrsoldaten, Übersetzer

## Afghanistan

### „Viele Ortskräfte ausgeschlossen“

Die Bundesregierung kommt ihrer Fürsorgepflicht für ehemalige afghanische Mitarbeiter offenbar nur teilweise nach.

„Viele Ortskräfte werden systematisch von Programmen zur geförderten Weiterbildung oder Jobvermittlung ausgeschlossen“ – und dies, obwohl die Helfer jahrelang etwa als Dolmetscher in Kunduz für die Bundeswehr gearbeitet hätten, kritisiert Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion.

Im Fortschrittsbericht Afghanistan hatte die Bundesregierung im Januar angegeben, sie unterstütze „die Weiterbildung und

Vermittlung all jener Ortskräfte, deren Beschäftigung endet und die in Afghanistan bleiben wollen“. Aus der Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine Anfrage der Grünen-Politikerin geht jedoch hervor, dass mit einer restriktiven Frist gearbeitet wird. Demnach haben Afghanen, die zum Stichtag 23. Mai 2013 nicht mehr beschäftigt waren, kein Anrecht auf Unterstützung. Wegen des bevorstehenden Abzugs aus Kunduz waren zahlreiche Ortskräfte schon zuvor entlassen worden. Einige hatten vor einem Jahr vor dem Feldlager der Bundeswehr demonstriert und gebeten, sie nicht im Stich zu lassen. Jetzt erlebten sie genau das, beklagt die Abgeordnete Amtsberg: „Die Afghanen sind komplett sich selbst überlassen – von Fürsorgepflicht der Bundesregierung keine Spur.“ abe

ten. Nach SPIEGEL-Recherchen ist Snowden derzeit nicht zur Festnahme ausgeschrieben und könnte sich in Deutschland frei bewegen – zumindest so lange, bis die USA einen förmlichen Auslieferungsantrag gestellt haben. Der könnte indes vorliegen, noch bevor Snowden den Flughafenterminal verlassen hat. Der Ausschussvorsitzende Patrick Sensburg (CDU) hatte zuletzt eine Vernehmung per Video in Moskau vorgeschlagen, und zwar in der Botschaft eines Drittlandes. gud, jös

## CDU

### Streiten oder schweigen?

In der CDU ist ein offener Streit über den richtigen Umgang mit der Anti-Euro-Partei Alternative für Deutschland (AfD) ausgebrochen. CDU-Generalsekretär Peter Tauber warnte in der Präsidiumssitzung am vergangenen Montag davor, die AfD durch eine öffentliche Auseinandersetzung aufzuwerten. „Es hilft nicht, über die AfD zu reden“, sagte Tauber, das würde sie nur stärker ma-

chen. Tauber bezog sich dabei auf mehrere Interviews, die CDU-Politiker wie Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich in der Vergangenheit gegeben hätten. Mehrere Christdemokraten drängen auf einen offenen Diskurs mit der Anti-Euro-Partei. „Wir dürfen uns nicht vor einer engagierten Auseinandersetzung mit der AfD drücken“, sagt der sächsische Fraktionschef Steffen Flath, „wir sollten deren Mitglieder aber auch nicht dämonisieren.“ Ähnlich sieht das der CDU-Fraktionschef von Thüringen,

FOTOS: REUTERS (L.O. + L.U.); CARSTEN REHDER / DPA (R.O.); REX FEATURES / ACTION PRESS (R.U.)